

Mehr Moos, mehr los?

Ab heute gibt's 1000 Euro mehr: „Freie Presse“ hat die acht Landtagsabgeordneten aus dem Landkreis Zwickau gefragt, was sie mit dem Geld vorhaben.

VON CHRISTIAN GESELLMANN

ZWICKAU – Ende April hat der sächsische Landtag beschlossen, die Aufwandsentschädigung für Abgeordnete um 1000 Euro zu erhöhen – wie sie das Geld ausgeben, muss nicht nachgewiesen werden. Zudem stieg der Zuschuss für die Wahlkreisbüros um 730 Euro. Einige Abgeordnete haben konkrete Pläne, viele stellen zusätzliche Mitarbeiter ein, und manche ignorieren die Frage:

Gerald Otto (CDU): Bisher habe die Entschädigung immer gereicht, mit 1000 Euro mehr könne man aber „noch mehr politische Arbeit vor Ort leisten“, sagt der 50-Jährige. Eine Überlegung wert sei es, die Bürosprechstunde nicht mehr alle 5 bis 6 Wochen, sondern monatlich stattfinden zu lassen. Möglich sei auch, mehr Info-Veranstaltungen durchzuführen. Als nächstes sei geplant, im Herbst Vereine über das Steuerrecht aufzuklären. Von der erhöhten Personalkostenpauschale werde eine zusätzliche halbe Mitarbeiterstelle geschaffen. Bisher hat er zwei geringfügig Beschäftigte sowie eine Büroleiterin auf 30-Stunden-Basis.



Vertreten den Landkreis in Dresden: Obere Reihe, von links: Horst Wehner, Ines Springer, Jan Löffler, Jan Hippold. Untere Reihe: Kerstin Nicolaus, Mario Pecher, Iris Raether-Lordieck, Gerald Otto.

FOTOS: ARCHIV (8)/MONTAGE: CORNELIA JACOBS

Jan Hippold (CDU): „In der Vergangenheit hat die Aufwandsentschädigung nicht gereicht, um die laufenden Kosten zu decken“, sagt der 40-Jährige. Rund 500 Euro habe er selbst dazugelegt. Die Überlegung, wie die restlichen 500 Euro in Zukunft ausgegeben werden, reife noch. Die Mitarbeiterzahl habe er von zwei auf drei angehoben.

Jan Löffler (CDU): Der 33-Jährige gab ebenfalls mehr aus, als ihm an Aufwandsentschädigung bisher zustand. Auf rund 4100 Euro schätzt er seine Kosten, allein für den Unterhalt der Büros fallen etwa 1400 Euro an. In Werdau will er nun einen zusätzlichen Arbeitsplatz für einen weiteren Mitarbeiter einrichten.

Iris Raether-Lordieck (SPD): Konkretere Ideen hat die 54-Jährige, die neu im Landtag ist. Ihr Bürgerbüro in Lichtenstein hat an vier Tagen die Woche geöffnet. Mit einem mobilen Info-Laden will sie zukünftig Sprechstunden an mindestens drei weiteren Orten ihres Wahlkreises anbieten, außerdem einen zusätzlichen Mitarbeiter einstellen, bisher sind es drei mit zusammen 50 Wochenstunden. „Ich nehme die Aufstockung der Aufwandsentschädigung als etwas Positives wahr. So können wir mit Bürgern noch besser ins Gespräch kommen. Gerade in einer ländlichen Region geht das nun mal mit höheren Kosten, zum Beispiel für Benzin, einher“, sagt Raether-Lordieck.

Ines Springer (CDU): Die 58-Jährige habe in der letzten Legislaturperiode mehr als 1000 Euro monatlich mehr ausgegeben, als die bisherige Aufwandsentschädigung betrug. „Das habe ich von meinem eigenen Einkommen beglichen“, sagt die Glauchauerin. Springer hat zwei Mitarbeiterinnen, von denen eine nun eine Vollzeitstelle erhält, und die andere zehn Stunden mehr pro Woche arbeitet. „Ich bin immer erreichbar, und wer mich in meinem Büro besucht, der soll sich dort auch wohl fühlen und einen guten Kaffee bekommen“, sagt sie. Viel Geld gebe sie für Informationsveranstaltungen aus – Ende Juni zum Beispiel referiert die Direktorin des Landgerichts über das Thema Pflege. Rund

Das erhalten Abgeordnete

Die Grundentschädigung – also das Gehalt – für sächsische Landtagsabgeordnete beträgt derzeit 5212,54 Euro brutto.

Dazu kommt die Aufwandsentschädigung, die seit heute für die Abgeordneten aus dem Landkreis Zwickau monatlich 3869 Euro netto beträgt. Sie ist unter anderem für die Fahrtkosten, für Öffentlichkeitsarbeit sowie den Unterhalt der Büros in Dresden und im Wahlkreis gedacht.

Aufgestockt worden ist zudem der Zuschuss für die Wahlkreisbüros – von rund 3460 Euro auf 5190 Euro. Dieser ist zweckgebunden für Personalkosten. (cge)

800 schriftliche Einladungen habe Springer dafür verschickt.

Horst Wehner (Linke): Seit vergangenen Sommer habe der 63-Jährige bereits 20 Bürgersprechstunden abgehalten und 19 Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen durchgeführt. Da Wehner, der auch Landtags-Vizepräsident ist, die Erhöhung der Aufwandsentschädigung ablehnte, habe er sich auch noch keine Gedanken über die Verwendung des Geldes gemacht.

Kerstin Nicolaus (CDU) und **Mario Pecher** (SPD) haben die wiederholte Anfrage der „Freien Presse“ binnen zwei Wochen nicht beantwortet.